

BRONSKIS WOCHE

Es ist wirklich nicht einfach im Homeoffice. Ich habe keine Kinder; sonst wäre es wohl noch schwerer. Ich würde aber gern meinen neuen Roman so präsentieren können, wie er es verdient, so wie auch die Kollegen Hebel, Hanack und Schwarzkopf (siehe „FR Erleben“) sicher gern vor Publikum auftreten würden. Aber das ist derzeit nicht möglich. Es ist eine sonderbare Zeit, finden Sie nicht? Ein Virus legt praktisch alles lahm. So winzig, so wirkungsvoll! Sind wir verwöhnt? Haben wir uns Maßstäbe angewöhnt – zum Beispiel Flugreisen –, die eigentlich unangemessen sind? Ich lebe in Offenbach unter einer der Anflugschneisen. Der Krach hat mich früher nicht gestört, aber jetzt fällt er mir als fehlend auf. Ist wohl gut so, oder?

frblog.de/homeoffice-270
Ihr Bronski

Das wäre was gewesen

Zu: „Von Stalking will er nichts wissen“, FR-Regional vom 25. November

Da berichten Sie anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen informativ und prominent über Ausmaß, Folgen und Interventionen im Kontext geschlechtsspezifischer Gewalt. Gut so. Das Aufbegehren gegen Gewalt gegen Frauen benötigt eine Berichterstattung, die Mythen und Vorurteile aufweicht und das Thema in seiner gesellschaftlichen Dimension darstellt.

Just an diesem Tag konterkarieren Sie das Niveau Ihrer Berichterstattung mit einem Beitrag zu einem Stalking-Prozess. Es wehrt sich eine Frau strafrechtlich gegen 23 Monate erfahrene „massive und beharrliche Belästigungen“. Der Angeklagte wird als Sonderling mit Unterhaltungswert dargestellt. Ausschließlich seiner Selbstdarstellung, die willentliche und andauernde Grenzverletzungen verharmlost, geben Sie Raum. Die Perspektive der betroffenen Frau? Es gibt sie nicht. Folgen der Belästigungen? Haben offenbar zu wenig Unterhaltungswert. Ein journalistischer Beitrag zu einem Stalking-Prozess, der Leser:innen dazu einlädt, die Perspektive der Verletzten in den Blick zu nehmen, der Grenzverletzungen und übergriffiges Verhalten beim Namen nennt und bestärkt, dagegen vorzugehen – das wäre was gewesen.

Ute Zillig, Frankfurt

SORRY

Es wäre schön, wenn Kohlendioxid (CO₂) in grünen Wasserstoff umgewandelt werden könnte, wie wir am 3.12. auf Seite 14 gemeldet haben. Aber wie der Name schon sagt, besteht Kohlendioxid aus Kohlen- und Sauerstoff. Da ist weit und breit kein Wasserstoff in Sicht. Unter Power-to-X versteht man alle Verfahren, die grünen Strom in chemische Energieträger umwandeln. Das bezieht Wasserstoff ein, gilt aber ebenso für nichtfossiles Kerosin, mit dem Flugzeuge betankt werden können.

Wer definiert hier eigentlich, was Arbeit ist?

Zum Gastbeitrag der kommenden Juso-Vorsitzenden Jessica Rosenthal: „Für ein Recht auf Arbeit“, FR-Politik vom 28. November

Gesellschaftlich notwendige „Arbeit“

Die designierte Juso-Chefin grenzt sich scharf gegen die Grünen ab. Sie lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen ab und fordert stattdessen ein „Recht auf Arbeit“. Als ob das die Wahl wäre! Wer verbietet denn einem Bezieher von garantiertem Grundeinkommen zu arbeiten? Wer bestreitet denn sein Recht auf Arbeit im Sinne einer Tätigkeit für sich und die Gesellschaft? Muss es denn immer „Lohnarbeit“ sein, die erst zur Existenzsicherung berechtigt? Ist es nicht eher umgekehrt, dass zuerst das Recht auf Existenz gewährleistet sein muss? Und dann wollen die meisten Leute auch etwas Sinnvolles tun, das heißt „arbeiten“.

Die alte, auch von Sozialdemokraten geteilte Mär, dass ohne Druck des Geldverdienens niemand mehr „arbeiten“ würde, ist längst durch Studien und Umfragen widerlegt. Das Konzept eines BGE wurde im Übrigen auf Druck der Delegierten gegen das Votum des Parteivorstands der Grünen in deren Grundsatzprogramm aufgenommen. Und mit einem BGE würde sicher endlich die ganze Care-, Sorge-, auch Selbstfürsorgetätigkeit sowie Selbstbildung und politisches Engagement, das alles nicht als „Lohnarbeit“ bezahlt wird, auch als gesellschaftlich notwendige „Arbeit“ anerkannt werden.

Alfred Köth, Frankfurt

Die finanzielle Existenz ist ein Grundrecht

Dass die designierte Juso-Chefin Jessica Rosenthal in einer Gesellschaft des 21. Jahrhundert für ein



Ohne Moos nix los. Aber muss das Einkommen an Erwerbsarbeit gekoppelt sein?

DPA

„Recht auf Arbeit“ plädiert, ist im besten Fall als phantasielos zu bewerten. Natürlich ist Arbeit mehr als Geldverdienen. Was sie nicht erkennt: Arbeit und Geldverdienen können unterschiedliche Tätigkeiten sein.

Frau Rosenthal setzt Arbeit in ihrem Statement weiterhin mit Erwerbsarbeit gleich. Wer keiner Erwerbsarbeit nachgeht, ist demnach arbeitslos. Aber sind Menschen die sich im Ehrenamt engagieren, sich für die Gesellschaft einsetzen, ihre Angehörigen pflegen und Kinder erziehen, arbeitslos? Sind Menschen, die ihre Zeit für politische Arbeit spenden und für eine solidarische Gesellschaft streiten, ohne Tätigkeit? Menschen brauchen keine „Jobgarantie“ oder vom Staat finanzierte „gemeinwohlorientierte“ Arbeitsstellen; sie benötigen finanzielle Sicherheit, um über ihr Wirken

selbst entscheiden zu können. Die finanzielle Existenz ist ein Grundrecht und darf nicht nur vom Einkommen aus Erwerbsarbeit abhängig sein. Wie soll die Teilhabe an Politik und Gesellschaft sichergestellt werden, wenn sie so sehr auf die Erwerbsarbeit reduziert wird?

Der genannte ökologische Umbau der Wirtschaft muss mit der Transformation in eine solidarische Gesellschaft einhergehen. Ein emanzipatorisches, bedingungsloses Grundeinkommen ist hierfür sehr hilfreich. Es ist kein „Im-Stich-Lassen“; es muss nicht mit dem Abbau des Sozialstaats einhergehen. Wer sich damit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigt, wird erkennen, dass das BGE ein wichtiger Baustein für eine inklusive Wohlfahrt und solidarische Gesellschaft ist. Es ist die

Umsetzung des Rechts auf selbstbestimmte Arbeit – für alle Menschen!
Mischa Kreutzer, Leipzig

Verfassungsmäßiges Recht auf Arbeit ist überflüssig

Technische Verbesserungen, fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung bei Fertigungsprozessen oder im Dienstleistungssektor benötigen immer seltener menschliche Arbeitskraft. Wenn dieser Faktor weniger Mittel, sprich Einkommen, zur Verfügung hat, gelingt es nicht, die bereitgestellten Güter- und Serviceangebote wie erhofft und nötig, an die Frau und den Mann bringen. Ungleichgewicht entsteht. Die lange gehegte Auffassung, dass sich veraltete, überholte Arbeitsplätze durch neue Erfindungen im selben Umfang ersetzen lassen, hat auf die Vergangenheit bezogen keine Grundlage mehr. Konzernlenker wie Jeff Bezos von Amazon, Elon Musk von Tesla oder Joe Kaeser von Siemens sprechen sich deshalb für Grundeinkommen aus, um ihr Geschäftsmodell für die Zukunft sicherzustellen.

Die Entwicklung bei 3D-Druckern klingt ziemlich verheißungsvoll: Haushaltsartikel, also tägliche Gebrauchsgegenstände, können von den Verbrauchern selbst erzeugt werden. Wahrscheinlich sogar umweltverträgliche Fahrzeuge. Ein bayerisches Unternehmen hat vor kurzem demonstriert, dass es gelingt, komplette Häuser mit der genannten Drucktechnik herzustellen. Die Epoche der Massenproduktion und der darin angelegten Abhängigkeit von Arbeitskraft ginge so allmählich zu Ende. Ein verfassungsmäßiges Recht auf Arbeit wäre dann wohl überflüssig. Michael Fettig, Neu-Ulm

Ruprecht und sein Nikolaus

Ein Zwiegespräch anlässlich des 6. Dezember

„Haben wir genug Masken dabei, Ruprecht?“

„Na klar, Nikolaus.“

„Ausgezeichnet! Wie steht's mit den Landegenehmigungen?“

„Nur in Bayern gibt's Probleme.“

„Der Markus ist ein treuer Fan von uns.“

„Ist er. Er will halt jetzt keinen Fehler machen.“

„Wobei?“

„Erinnerst du dich noch an deine Mitgiftspende, mit der du die drei Jungfrauen gerettet hast?“

„Na klar. Der Vater hat sich überschwänglich bei mir für die Goldstücke bedankt. Aber was hat das mit dem Söder Markus zu tun?“

„Schau, der Markus kennt natürlich diese Legende ...“

„Was heißt Legende?“

„Sorry, deine Großtat, und jetzt hat er eine ähnliche Situation wie du damals.“

„Das musst du erklären!“

„Die von der CDU wollen doch ihren Parteivorsitz neu besetzen. Und weil momentan

alles ein wenig verkehrt läuft da auf der Erde, gibt es statt drei Jungfrauen drei Jungmänner als Kandidaten. Außerdem hat er nur ein Goldstück.“

„Haben die nicht schon vor langer Zeit eine Quotenregelung eingeführt?“

„Als unverbindliche Absichtserklärung. Hat aber in der Praxis nicht funktioniert.“

„Ich glaube, wir sollten mit gutem Beispiel vorangehen.“

„Wie meinst du das, Chef?“

„Was hältst du von einer Vorruhestandsregelung?“

„Das meinst du jetzt aber nicht ernst!“

„Doch, todernst. Wir sprechen morgen drüber, Ruprecht. Aber jetzt Abflug. Sonst schaffen wir es nicht mehr, alle Strümpfe zu befüllen!“

„Ich hasse diese Gendermania!“

„Das habe ich nicht gehört. Nur weil wir aus Myra stammen, heißt das noch lange nicht, dass wir alte Socken sind!“

Erich Niederdorfer, Frankfurt

Zurück ins Mittelalter

Dannenröder Forst: „Rodungen gehen in die Schlussphase“, FR-Regional vom 3.12.

Vorab gesagt, in Sachen Ausbau der A49 kann ich mich nicht endgültig für oder gegen den Ausbau entscheiden. Im Moment tendiere ich eher dazu, den Ausbau zu befürworten. Ich weiß nicht was die Ausbaueegner unter einer Verkehrswende verstehen, die einen Ausbau erübrigen würde.

Auch bei einer Wende hin zu emissionsfreien Fahrzeugen – Elektromobilität, Antriebe mit grünen Wasserstoff – werden Fernstraßen gebraucht. Wie soll eine Verkehrswende ausschauen, die das vermeidet? Eine Verlagerung des Verkehrs auf die Bahn benötigt auch einen größeren Ausbau durch die nötige Steigerung des Aufkommens, daraus folgend die Trennung von Nah- (S-Bahn), Regional- Güter- und Fernschnellverkehr (z. B. ICE etc.), den man anschaulich im Nordosten von Frankfurt/M. bis nach Friedberg beobachten kann. Für derartige Projekte werden wohl – wenn nicht dort dann anderswo – Bäume und Wälder fallen müssen.

Manchmal habe ich bei den total radikalen Aktivisten unter Ausbauegnern A 49 und Klima-

schützern den Eindruck, dass sie nach dem in Transparenten etc. gezeigten „Autobahn, nein danke“ Autobahnen und Fernstraßen generell abschaffen wollen. Das kann wohl nicht das Ziel sein? Wollen wir zurück ins Mittelalter, nur noch mit Fahrrad und Postkutsche?

Man sollte an anderer Front eher Mobilitätswende zu Gunsten des Klimas einleiten. Wenn ich sehe, wie unsere Automobilindustrie lustig Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren weiter entwickelt und mit umfassender Werbung für derartige Neuwagen eintritt, sollte man diesem Treiben Einhalt gebieten. Mittlerweile werden ja von dieser Industrie auch batterie-elektrische Fahrzeuge mit noch ausbaubarer, aber schon erstaunlicher Reichweite angeboten. Nur das Laden dauert halt etwas länger, ist aber meiner Meinung nach im akzeptablen Rahmen. Sollte man da nicht eher die Werbung für die Neuwagen-Verbrenner einschränken?

Kurt Brunfeld, Eschborn

Diskussion: frblog.de/dannenroeder